

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Landtags-Zeitung. 1833-1846 1847

54 (7.7.1847)

Die Rundschau erscheint wöchentlich zwei Mal, Mittwoch und Samstag, und kostet für das halbe Jahr vom 1. Juli bis 30. Dezember 1847 im Umfang des Großherzogthums 1 fl. 24 kr. durch die Post oder durch den Buchhandel bezogen.

Die Rundschau.

N^o 54.

Karlsruhe, Mittwoch den 7. Juli

1847.

Herausgegeben von Karl Mathy. — Druck und Verlag von Malsch und Vogel.

Man bestellt bei dem nächstgelegenen Postamt, in Karlsruhe, Mannheim und Heidelberg auch bei den unten genannten Buchhandlungen, welche auch Inserate annehmen. Einrückungen werden mit 3 fr. für den Raum der dreispaltigen Petitzeile berechnet.

Karlsruhe, bei Malsch & Vogel.

Heidelberg, bei Fr. Sabel.

Mannheim, bei H. Hoff.

Aus dem Kraichgau ist uns eine betäubende Schilderung des leiblichen und geistigen Nothstandes der ärmeren Bevölkerung zugekommen. „Es ist nicht möglich“ — schreibt uns ein wackerer Landwirth — „sich in der Stadt einen Begriff von der traurigen Lage des Landvolks zu machen, wenn man nicht persönlich in seine Hütten dringt und sich auf dem Lande umsieht. Weinen möchte man und empörend ist es, wenn man sieht, wie Familienväter nach Hause kommen, die sich für ihre reicheren Mitbürger matt und müde gearbeitet haben, um einige Kreuzer, die kaum hinreichen, um das tägliche Brod anzuschaffen, so daß andere ebenfalls dringende Bedürfnisse unbefriedigt bleiben. An Fleisch ist nicht zu denken, Brod bekommen sie manchen Tag keines zu sehen, höchstens gesottene Kartoffeln, überhaupt eine Nahrung, die keine Kraft gibt. Mancher Familienvater wird durch das Glend zu dem verderblichen Brantweintrinken verleitet, weil Brantwein der wohlfeilste Stoff ist, aus welchem er Muth zum Arbeiten zu schöpfen hofft. Von Credit ist keine Sprache mehr; selbst der Landmann, der noch einige Viertel unbelastete Acker besitzt, und Brodfrucht bedarf, findet ihn nicht; denn heuer sind die Güter sehr gefallen, so daß sich ihr Werth auf die Hälfte und darunter stellt. So kommt es, daß Mancher, der mit 12 bis 13 Viertel Acker sonst zu der Mittelklasse gezählt wurde, seinen Besitz noch vollends verpfänden muß. Die Folgen sind, daß er bei den schweren Abgaben und Umlagen, die ihn treffen, den Zins nicht mehr erschwingen kann, Haus und Hof wird ihm verkauft, er kommt außer Stand, selbst das letzte Mittel, die Auswanderung nach Nordamerika, zu ergreifen; Vater und Kinder können am Hungertuch nagen. Traurig ist es dann, zu erfahren, wie Bauern, die noch Kartoffel übrig haben, gegen ihre ärmeren Mitmenschen handeln. Sie steigern solche täglich im Preise, und fehlt dann dem Käufer nur ein oder zwei Kreuzer zu 48 Kreuzer oder einem Gulden für das Sester (unter einem Sester wird nicht abgegeben), so müssen die Kartoffeln stehen bleiben und werden wieder zum Haufen geschüttet; der Arme mag sich dann weiter umsehen, während seine Familie zu Hause darben muß. Eben so benutzen reiche Landleute diese Zeit, sich mit der letzten Habe ihres bedrängten Bruders zu bereichern. Sie kaufen ihm ein Stück Land um das andere zu geringen Preisen ab, geben ihm dann Lebensmittel, wofür sie die höchsten Preise ansetzen, so daß er sich in keiner Weise wieder erholen kann. Die meisten Güter aber kommen in die Hände des Staats oder der Kirche; die Verwaltung hat allenthalben ihre Pächter, wie die Grundherren, sie lassen sich den Pachtzins in Früchten aller Art liefern, die sie heuer zu den höchsten Preisen versteigern lassen; bereits sind alle Speicher aufgeräumt. Aber an das arme, hart bedrängte Landvolk kam nichts davon,

weil Keiner im Stande ist, 25, 50 oder 100 Malter zu kaufen; die Früchte sind zu den enormsten Preisen in die Stadt gewandert, ohne Rücksicht darauf zu nehmen, ob Diejenigen, welche im Schweife ihres Angesichts die reichen Gaben der Erde entlockten, darben oder verhungern.“

„Als das größte Uebel aber ist zu betrachten, daß manche Lehrer des Volkes dessen geistige Zustände eben so niederhalten, wie die Nahrungsverhältnisse gedrückt sind. Manche Geistliche, statt das Volk aufzumuntern, daß Einer dem Andern unter die Arme greife, der Starke dem Schwachen helfe, Niemand wuchere und sich durch die Noth des Bruders bereichere — predigen von Pietismus, Ceremonien, Frömmelerei und Gleisnerei. Wenn sie dann nach Hause kommen, verschließen sie sorgfältig die Thüre vor den Armen und gehen durch die Hinterthüre in das Wirthshaus, oder wo sie sonst wohl aufgenommen sind, bemühen sich, gute Gedanken zu vertilgen und was ihrem Zweck im Wege steht, mit der Wurzel auszurotten. Außerdem werden noch Gerüchte erfunden und Schriftlein verbreitet, welche dahin zielen, das gute Volk vollends um seinen Verstand zu bringen und dem lieben Vieh ähnlich zu machen; diese Schriften werden ausgetheilt, wann die Gemüther zuvor gehörig erweicht und vorbereitet sind. Besonders aber benutzen die Feinde der Aufklärung diese Zeit, um unsere Vertreter in der Ständekammer zu verdächtigen. So hörten Viele meiner Freunde und Bekannte das Gerücht, daß unser Abgeordneter vor Anfang der Theuerung Früchte in Holland gekauft und zu hohen, wucherischen Preisen abgesetzt habe, während vorher verlautet hätte, er würde sie zu billigen Preisen unter das Volk kommen lassen. Dieses Gerücht wurde mir schon vor sechs Wochen erzählt und wird neuerdings wieder aufgewärmt. Ich sah es als eine Verläumdung aus dem Munde unserer Feinde an, und wünsche, daß es öffentlich dafür erklärt werde.“

„Ferner hört man aus dem Munde gelehrter Leute, die dem Volke vorgelegt sind, die Abgeordneten der zweiten Kammer beschuldigen, sie hätten durch die Zehntablösung den Mangel herbeigeführt. Hättet ihr die liberalen Abgeordneten nicht gewählt, — sagt man den Leuten — so bekämet ihr jetzt in jedem Orte wohlfeile Zehntfrüchte; statt dessen müßt ihr die Frucht theuer bezahlen, gerathet in Schulden, müßt Euere Acker verkaufen und werdet zuletzt noch froh sein müssen, wenn ihr sie als Tagelöhner bauen dürft. Außerdem wird dann noch behauptet, daß Mannheim seit einiger Zeit seine politische Farbe gewechselt und zur entgegengesetzten Fahne übergetreten sei, von der es sich nun mehr Vortheile versprache, als durch seinen abgelegten „thörichten“ Liberalismus. Rechnet man zu diesen schlechten Umtrieben auf dem Lande noch die Geschäftigkeit der Pietistenwuth, die namentlich in jüngere Geistliche ge-

fahren ist, und verdummende Schriften, wie der Kalender für Zeit und Ewigkeit, Missionsblätter und Traktätlein, so muß man einsehen, daß es an der Zeit ist, die Wahrheit unter das Volk zu bringen. Man sollte Schriften verbreiten, welche beweisen, daß das körperliche und geistige Wohl des Volkes nicht durch Verdummung sondern durch Bildung bezweckt wird, und daß die Noth der gegenwärtigen Zeit nicht durch Herstellung der alten Abgaben, Lasten und Dienstbarkeit, sondern durch Einrichtungen für sichern Erwerb, lohnende Arbeit, gegenseitige Unterstützung und durch die wahre, thätige Menschenliebe, welche die Religion lehrt, abgestellt werden kann."

Hier haben wir in schlichten Worten eine wahrheitstreue Darstellung, sowohl der Uebel, unter denen die mittleren und ärmeren Klassen auf dem Lande (ähnlich auch in den Städten) leiden, so wie der verwerflichen Zwecke, wozu dieser Nothstand ausgebeutet wird. Die Bevölkerung wächst an, folglich auch ihr Bedarf an Mitteln zum Unterhalt. Einige geringe Aemtern folgten aufeinander, eine Hauptnahrung, die Kartoffeln, haben durch Krankheit und Unergiebigkeit einen starken Ausfall erlitten. Daher die Theuerung, die Noth der Ärmern, die Bedrängniß der Mittelklasse, die Einschränkungen selbst der Wohlhabenden; dies wirkte nachtheilig auf alle Erwerbsquellen zurück, auf Handel und Gewerbe, denn wenn ein größerer Zweig der Volkswirtschaft leidet, so leiden die übrigen mit. Die zur Linderung der Noth ergriffenen Maßregeln der Regierung, die Vorkehrungen der Gemeinden, die Unterstützungen durch Vereine und Einzelne haben zwar noch größeres Elend verhütet, manchen Hunger gestillt, manche Thräne getrocknet; allein sie waren nicht ausreichend, und konnten es nicht sein, um für die Dauer und zur Genüge zu helfen. Dazu gehört mehr. Wie oft ist der Ruf nach Schutz für deutsche Arbeit im Zollverein vernommen und wie wenig ist er noch berücksichtigt worden. Die Leitung der Auswanderung, so daß nicht nur die Reise, sondern auch das Fortkommen in der neuen Heimat den Ärmern möglich wird, verdient ebenfalls mehr Beachtung, als sie bis jetzt gefunden hat; Ausbildung der Anlagen, Kräfte und Hülfsmittel der Menschen zum Guten und Nützlichen, größere Theilnahme des Volkes an seinen eigenen Angelegenheiten und Vereinigung vieler zum allgemeinen Wohle, das sind die Grundgedanken, deren möglichste Verwirklichung anzustreben wäre. Aber welche Bemühungen und welches Benehmen sehen wir dagegen in obiger Schilderung der Zustände auf dem Lande. Große Härte mancher Reichen gegen ihre ärmeren Mitbürger, Benützung der Noth Anderer zum ungebührlichen eigenen Vortheil, und von Seiten vieler, welche durch Beispiel und Lehre diesem Treiben entgegenwirken sollten, ebenfalls nur das Verfolgen selbstsüchtiger und gemeinschädlicher Zwecke. Mit Recht nennt unser Gewährsmann die Verdummungsversuche durch pietistische und jesuitische Mittelchen das größere Uebel, größer als die Noth des Augenblicks. Sie verleiten zu dumpfem Hinbrüten und verleiden nützliche Thätigkeit; sie sind der schändlichste Wucher, welcher die geistigen Güter raubt, statt sie auszubilden, welcher die Erdengüter für sich nimmt, die Verarmung befördert und seine Schilderungen himmlischer Freuden als Ersatz für irdischen Jammer bietet.

Weit geringer schlagen wir die Verdächtigungen an, welche gegen die liberalen Abgeordneten herumgeboten werden. Diese selbst, davon sind wir überzeugt, machen sich nichts daraus; sie haben deren genug erfahren, von Heuchlern und Lakaien,

von eingebildeten Dummköpfen, wie von aufrichtigen, aber mißleiteten Freunden des Volkes, welche die Hindernisse, mit denen der wahre Fortschritt zu kämpfen hat, erst noch aus eigener Erfahrung kennen lernen müssen, weil sie aus fremder Erfahrung nichts lernen wollten. Jenen Abgeordneten also werden solche Verdächtigungen gleichgültig sein, der guten Sache aber werden sie bei Verständigen gar nicht, bei Andern nicht lange schaden. Der Abgeordnete, von welchem erzählt wird, er habe Fruchthandel betrieben, ist Bassermann, der zwar den Buchhandel betreibt, an Früchten aber kein Könnlein im Handel umsetzt. Doch, um es recht zu sagen, Bassermann hat mittelbar in Früchten Geschäfte machen helfen, indem er einmal in der Kammer schon seine Zustimmung zu dem Credit gab, welcher später von der Regierung zum Ankauf von Getreide verwendet wurde, dann auch als Mitglied von Vereinen, namentlich jenes zur Unterstützung nothleidender Gemeinden, hauptsächlich im Odenwalde, welche ebenfalls Früchte ankaufen. Dort hat Bassermann mitgewirkt, er hat Beiträge gegeben und bei der Vertheilung auch für arme Gemeinden seines Wahlbezirks sich verwendet.

Die Zehntablösung zu Stande gebracht zu haben, ist eine Beschuldigung, welche die Kammer von 1831 trifft. Es ist noch nicht lange her, daß die Ablösung der Zehnten jener Kammer zum hohen Verdienst angerechnet, von anderer Seite aber mit der Bemerkung streitig gemacht wurde, daß ihre Bemühungen nichts gefruchtet haben würden, wenn die erste Kammer nicht zugestimmt, wenn die Regierung die große Maßregel nicht sanctionirt und durchgeführt hätte, damals tritt man sich um die Ehre, die Zehntablösung bewirkt zu haben, jetzt soll sie als ein Unglück den Abgeordneten von 1846 aufgebürdet werden. Leider ist der wahre Schuldige nicht mehr am Leben, — der Abgeordnete von Kottek. Ohne ihn würden die Bauern die Wohlthat, den Zehnten zu geben, noch jetzt genießen. Wir hoffen, der liebe Gott werde ihm die Sünde, den vaterländischen Boden von dieser Last zu befreien, vergeben haben. Lebte er noch, er würde den Anklägern die Antwort nicht schuldig bleiben. Wir haben über diesen Punkt schon früher unsere Meinung gesagt und die Erbärmlichkeit der gegen die Zehntablösung erhobenen Klagen dargethan. Man sagt dem Landvolke, wenn es noch Zehntfrüchte gäbe, so würden ihm dieselben billig verkauft werden; man verschweigt aber, daß sie ihm vorher ohne Bezahlung und ohne Nachlaß anderer Steuern weggenommen wurden. Was für eine Wohlthat darin liegen soll, daß man Jemanden einen Theil seines Eigenthums wegnimmt und ihm denselben später billig verkauft, wird schwer zu erklären sein. Jedenfalls scheint es uns billiger, wenn der Staat, die Gemeinden und die großen Grundbesitzer aus eigenen Erzeugnissen oder Geldmitteln Vorräthe anlegen, um in Zeiten der Noth Hülfe zu leisten. Die Volksgenossen, welche dem Landmann den Zehnten wieder aufladen möchten, würden demselben wohl einen größeren Gesallen thun, wenn sie ihm die vier Fünftheile des Ablösungskapitals abnähmen, die er zu bezahlen hat; die liberalen Abgeordneten konnten es trotz aller Bemühungen nicht weiter bringen, als daß der Staat ein Fünftheil davon übernahm. Wer übrigens fähig ist, den Zehnten als eine Wohlthat für den Landmann anzusehen, der mag wohl auch glauben, daß die Zehntfrüchte die Theuerung verhütet hätten. Andere dagegen werden einsehen, daß der Zehnt das Wachsthum der

Früchte nicht befördert, daß er den Ertrag nicht vermehrt, sondern nur vertheilt (und vermindert), daß wenn die ganze Ernte wenig ausfällt, auch der zehnte Theil nicht besonders groß ausfällt, daß die Zehntherren ihren Antheil so gut als möglich verkaufen, daß in Bayern, Oesterreich, England u. s. w. die Zehnten die Theuerung nicht verhinderten, so wenig sie früher bei uns dieselbe verhindert haben; kurz, vernünftige Menschen glauben den Unsinn nicht, der ihnen vorgeschwätzt wird, um sie allmählig wieder in die Zustände hinein zu bringen, welche im sechzehnten Jahrhundert die Bauern zur Verzweiflung trieben, während von ihrem Schweisse Adel und Geistlichkeit in Saus und Braus lebten.

Aus der nämlichen Werkstätte, in welcher aus der Zehntablösung gegen die liberalen Abgeordneten eine Waffe geschmiedet werden soll, die aber nicht sehr gefährlich ist, — stammt das Gerücht, Mannheim habe seine politische Farbe gewechselt, um Vortheile zu erlangen. Es gibt nicht eine einzige Thatsache, die zu einem solchen Gerüchte Anlaß gäbe, es ist durchaus leere Erfindung; für das Gegentheil wollen wir nur die Thatsache anführen, daß bei den Wahlen zum kleinen Ausschuss in der letzten Woche der Abg. Basser mann mit 203 Stimmen unter 217 wieder gewählt worden ist. Mannheim ist mit ächtem Bürgerfinn in der Wolle gefärbt; seine Farbe hat ihre Proben bestanden und wird sie auch künftig bestehen.

Alle die Bemühungen, das Volk irre zu machen in seiner Denk- und Handlungsweise über seine wichtigsten Interessen, sind nicht von gestern, sie sind schon alt und abgenutzt. Man erkennt sie unter jedem neuen Mäntelchen, das ihnen, je nach der Zeitlage, umgehängt wird. Voriges Jahr war es die erheuchelte Religionsgefahr, womit die Feinde des Rechtes und der Freiheit ihre Ränke behängten, aber das Volk hat sie entlarvt und in ihr Nichts zurückgeworfen; dieses Jahr sollen die Liberalen an der Theuerung schuld sein, mit Frucht gehandelt und durch die Ablösung des Zehnten dem Lande geschadet haben; es wird auch nicht helfen zur Volksverblendung. Man wird allerdings Leute finden, welche dies und noch mehr dazu glauben; aber dies läßt sich nicht ändern, denn, wie Luther sagt:

Was helfen Lichter und Brill
Wenn man nicht sehen will.

Wer aber sehen will, was die Liberalen in der letzten Zeit wirklich gethan haben, der lese die Verhandlungen des vorigen Landtags; er wird dort Manches finden, was besser als die Wiederherstellung der Zehnten und alten Abgaben geeignet ist, der Noth entgegenzuwirken.

Mannheim, 3. Juli. Man erwartet jeden Augenblick das erste Schiff mit russischem Getreide in dem hiesigen Hafen. Die Zufuhr ist immer noch willkommen, denn wenn auch die Tage bis zur Ernte nicht mehr viele sind, so verlangt doch jeder Tag seinen Bedarf, und die Vorräthe sind stark geschwunden. Der Handel, durch das rasche Sinken gegen Ende Mai und Anfang Juni gewarnt, hat sich seiner Vorräthe entschlagen, und die fortgesetzten Schmähungen gegen den Frucht handel als gegen ein Wucherergeschäft, haben Manchen abgehalten, sich weiter damit zu befassen. Es kostet Mühe, einen Aufschlag der Brodpreise zu verhindern, und doch würde ein

solches Ereigniß jetzt gerade sehr bedenklich sein. Wenn das besser gewordene Wetter anhält und die erwarteten Zufuhren eintreffen, so wird hoffentlich in wenigen Tagen der Stand der Dinge günstiger werden. — Der neue Turnverein hat seinen Vorstand vorgestern gewählt, darunter, nach den Statuten, fünf angeesehene hiesige Einwohner, und zwar die Herren; L. A. Basser mann, Kaufmann, H. Happel, Färber, C. A. Ger nandt, Lederhändler, A. v. Soiron, Obergerichtsadvokat, und Ad. Roes, Kaufmann. Sodann aus der Zahl der übrigen Turner: Herrn Schimpf, Schriftseher und Klein Kaufmann.

Vom obern Neckar, 5. Juli. (Ein Beitrag zur Lehre von der Polizeistrafgewalt.) Ein Bauer aus R. fuhr am Peter- und Paul-Abend von dem Kirschensfeste zu W. nach Hause. Einige Bekannte saßen mit auf dem Wagen, der Führer zügelte die raschen Pferde zum gemäßigten Fortschritt. Da näherte sich eine nachkommende Chaise, aus welcher die Stimme des Herrn Amtsassessors mit dem Gebote, auszuweichen, sich vernehmen ließ. Statt Folge zu leisten, ließ der Bauer seine Pferde laufen, der Wind verwehte die Kernsprüche, die aus der Chaise polterten und bald waren die Bauernpferde in einer den schwachen Kleppern des Nachfolgers unerreichten Ferne. Doch eilten sie nicht über ihr Ziel hinaus; sie hielten bald an der Wohnung des Herrn und hier wurden sie von dem Herrn Assessor eingeholt, der mit hochgeschwungener Peitsche den Absteigenden drohend verkündete, daß die Strafe des Himmels, will sagen, der Polizei, nicht ausbleiben werde. Und so geschah es. Am anderen Tage erhielt der Bürgermeister zu R. vom Amte den Auftrag, den unbottmäßigen Bauern in eine Geldbuße von 1 fl. 30 kr. zu verfallen. Der Letztere aber will sich, wie es heißt, nicht dabei beruhigen, sondern von der höheren Verwaltungsstelle die Entscheidung erbitten, ob ein strafbares Polizeivergehen darin liegt, wenn ein Bauer, von größerer Pferdekraft Gebrauch machend, dem Assessor voraus eilt, statt im Schnecken gang hinten nach zu fahren. Freilich hat die Sache noch eine tiefere Bedeutung; sie bestätigt die allgemeine Wahrnehmung, daß die Polizei durch Stillstandsgebote das Volk nur zum rascheren Fortschritt treibt.

Die preussischen Stände sind heimgekehrt, nachdem noch einige Hundert Mitglieder am Abend des 26. Juni gemeinschaftlich gespeiset und dabei Wünsche für einen baldigen weiten, erfolgreicheren Landtag ausgesprochen hatten. Der König ist nach Breslau gereist, wo nach Zeitungsberichten, auf die Nachricht von den Botschaften, mit denen die Stände heimgeschickt worden, die bereits vorbereiteten Illuminationen und Festlichkeiten unterblieben. — Der Ausgang dieses ersten Landtags gibt einen neuen Beleg zu dem Sage, daß die Nachgiebigkeit nichts taugt, wo es sich vom Recht handelt. Die Stände hatten um ihr Recht gebeten, sie hatten die Garantie für die Rentenbanken und die Anleihe für die Ostbahn verweigert und damit gezeigt, daß es ihnen Ernst sei. Im letzten Augenblick gaben sie der Herrencurie nach, führten ihre Bitten auf ein Wenigtes zurück, wählten die Ausschüsse und die Deputation, um deren Wegfall sie gebeten hatten, und von dem Wenigen, was übrig blieb, erhielten sie nichts. So geht es, wenn sich

eine Mehrheit — wie der Abg. v. Vinke sagte — von Nachgiebigkeitsgründen leiten läßt.

Verschiedenes.

— Der Präsident der Assisen zu Aachen, Appellationsrath Schlic, sagte in seiner Schlussrede am 17. Juni: „Der Sieg für Oeffentlichkeit und Mündlichkeit ist schon entschieden, da in der Hauptstadt des Reichs dieselben bereits eingeführt sind. Ich lebe aber der Hoffnung, daß, ehe das nächste Jahrzehnt verfloßen, das Geschwornengericht seine Herrschaft über ganz Deutschland ausgebreitet haben wird.“

— Die Pairskammer in Paris hat den Herrn von Girardin freigesprochen. Sie hatte denselben vor ihre Schranken gezogen, weil er sie durch die Mittheilung beleidigt habe, es sei eine Pairsstelle für 80,000 Fr. verkauft worden.

— Unter den verschiedenen Gerichten über bevorstehende Presseverhandlungen am Bundestag scheint das am wahrscheinlichsten, daß kein Beschluß über die Aufhebung der Censur zu Stande kommen werde. Der preussische Pressenwurf ist ungenießbar. Baiern, auch Württemberg und Baden, wie es heißt, wollen die gesetzliche Regelung der Presseverhältnisse den einzelnen Staaten überlassen haben. — Von Oesterreich erwartet die Bundesversammlung Vorschläge, um der Verarmung und Noth zu steuern und Volksbewegungen zu verhüten. Alles Glend wird verboten werden, aber leider kehrt es sich nicht an Verbote.

— Der Advokat H. Carstens in Altona hat seine Stelle als Sekretär des holsteinischen Ober-Sachwalters niedergelegt, um nicht in die Lage zu kommen, Handlungen, die er politisch billigt, nach den Gesetzen verdammen zu müssen. Er wünscht, daß jeder Richter und Advokat, der in ähnliche Lage kommt, seinen Posten aufgebe; aus der consequenten Durchführung dieses Grundsatzes werde der guten Sache ein unberechenbarer Vortheil erwachsen.

— Die spanische Regierung hat den Zeitungen verboten, die Erbfolgerechte der Herzogin von Montpensier auf den spanischen Thron in Zweifel zu ziehen.

— Das amerikanische Passagiergesetz ist durch ein Rundschreiben des Schatzsekretärs dahin erläutert worden, daß es auf die nach dem 31. Mai aus europäischen Häfen abgegangenen Schiffe Anwendung findet und daß der Raum der Schlafstellen nicht außer dem für jede Person erforderlichen Deckraum von 14 beziehungsweise 20 Quadratfuß besonders zu berechnen ist. — Der Nationalverein für deutsche Auswanderung und Colonisation in Darmstadt ist von der Staatsbehörde genehmigt, unter der Bedingung, daß eine Caution von 5000 fl. gestellt werde.

— In Hannover ist der Centner des Zollvereins als Eisenbahngewicht für Hannover angenommen worden.

— Die österreichischen Stände haben beschloßen, die Regierung zu bitten: 1) um Veröffentlichung des Finanzetats; 2) um Oeffentlichkeit der Verhandlungen; 3) um Verbesserung der Pressegesetze; 4) um Reform des Städtewesens.

— Der Kaufmannstand in Braunschweig verlangt in einem Gesuche an die Regierung die Einführung eines Handelsgerichts nebst einem auf Oeffentlichkeit und Mündlichkeit beruhenden Prozeßverfahren.

— Zwischen dem Großherzogthum Toscana und dem Her-

zogthum Lucca ist ein Vertrag über Aufhebung der gegenseitigen Zolllinien und freien Verkehr zu Stande gekommen — ohne Ausgleichungsabgaben.

— In Frankfurt sind sämtliche Mäcker und Unterhändler von dem Viehmarke weggejagt worden, weil sie fremden Händlern beim Aufkaufe von Schlachtvieh zur Ausfuhr nach England behülflich waren.

— In Frankreich leben gegenwärtig 11,600 fremde Flüchtlinge. Darunter 6,272 Spanier, 4,606 Polen, 604 Italiener und 178 Deutsche. Von der Gesamtzahl beziehen 4718 Unterstützung von der Regierung.

— In Mühlhausen fand am 25. Juni eine bedeutende Ruhestörung statt. Die Truppen schossen auf die Masse, tödteten 5 und verwundeten gegen 40 Personen. Dagegen liegen auch der Generalleutnant, der Oberst und ein Hauptmann des 18. Linienregiments schwer verwundet darnieder.

— Der ehemalige Pfarrer C. Hirzel aus Zürich, welcher bei dem Septemberputz von 1839 die gegen die Berufung von Dr. Strauß fanatisirte Menge anführte und „schießet in Gottes Namen!“ commandirte, hat sich in Paris vergiftet.

— In Rom wurde am 21. Juni das Jahresfest der Krönung des Papstes gefeiert. An den Straßenecken war ein Erlass des Cardinals Gizzi angeschlagen, worin die Verbesserungen standen, welche der Papst bereits angeordnet und vorbereitet; es wird besonders angegeben, daß die Provinzialstände bestimmt seien, Verbesserungen in der Verwaltung und den Finanzzuständen herbeizuführen. Dagegen wird vor weiter gehenden Erwartungen gewarnt.

— Die deutsche Bundesversammlung hat aus ihrer 17. Sitzung vom 17. Juni ein Protokoll veröffentlicht, enthaltend: 1) eine gemeinsame Erklärung der Höfe Oesterreich und Preußen über ihre in der Krakauer Angelegenheit befolgten völkerrechtlichen Grundsätze; 2) die Abstimmungen der einzelnen Bundestagsgesandten über dieselbe; 3) eine Mittheilung der kaiserlich russischen Gesandtschaft bei dem deutschen Bunde über die Krakauer Angelegenheit. Die völkerrechtlichen Grundsätze gehen dahin, daß ein Vertrag von beiden Theilen gehalten werden müsse, und ohne die Verknüpfung gegenseitiger Rechte und Verbindlichkeiten nicht bestehen könne. Die Bundesakte ist auch ein völkerrechtlicher Vertrag, es müßten daher nach jenem Grundsatz auch die Art. 13 und 18 wegen Einführung von Verfassungen und Pressefreiheit gehalten werden. Aber auch in staatsrechtlichen Verträgen oder Verfassungen sollte der Grundsatz gelten, daß sie gehalten werden müssen.

— Der Kaiser von Rußland soll, wie die kölnische Zeitung berichtet, dem Könige von Preußen persönlich ein Darlehen von 10 bis 15 Millionen Rubel angeboten haben, um den Bau der Ostbahn betreiben zu können, ohne das Patent vom 3. Februar mit den Gesetzen von 1815, 1820 und 1825 in Einklang zu bringen. Es liege dem Kaiser, heißt es, viel an dieser Bahn. Sie führe so schnell von Königsberg nach Berlin wie von Berlin nach Königsberg. Die Befestigungsarbeiten von Königsberg sind wieder in Arbeit genommen worden; dies macht die Sage von dem russischen Geldanerbieten zweifelhaft.

— Nach der Bremer Zeitung ist der Vertrag zwischen Dänemark und Lübeck, wegen Erbauung einer Eisenbahn von Lübeck nach Büchen abgeschlossen worden.

Unter Verantwortlichkeit der Verlagsbandlung.